

# Niedersachsen packt an!

## Der Beitrag der christlichen Kirchen zu einer gesellschaftlichen Aufgabe

Die Begegnung von Zuwandernden und Einheimischen ist häufig zunächst geprägt von einer gewissen Scheu, einem Eindruck der Fremdheit. Migranten aller Art hatten es selten leicht, sich gleichberechtigt in alle Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zu integrieren. Wie Politik gegenseitige Akzeptanz fördert und welche Rolle die Kirchen dabei übernehmen, schildert der Ministerpräsident von Niedersachsen, Stephan Weil, am Beispiel seines Bundeslandes.

Politik kann Grundsätze, Verordnungen, Gesetze beraten und beschließen. Aber in fast jedem Fall ist es damit nicht getan, sondern es ist auch Unterstützung aus der Gesellschaft notwendig. In der Umsetzung aller Planungen ist Politik dann erst recht abhängig von den Menschen in den Institutionen und Organisationen, die die politischen Leitlinien mit Leben erfüllen und im Alltag ausgestalten. Umso wichtiger sind Austausch sowie gegenseitige Befruchtung und Unterstützung zwischen Politik und den wesentlichen gesellschaftlichen Gruppen. Hierzu gehören neben den Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und den Wohlfahrtsverbänden vor allem auch die Kirchen. Sie sind in besonderer Weise Werten verbunden und deswegen für den Staat als Ratgeber und Partner unverzichtbar. Das zeigt sich beispielhaft sehr deutlich im Umgang mit Flüchtlingen in Niedersachsen.

### Bündnis im Bundesland

Das Land Niedersachsen und viele Institutionen und Verbände haben im November 2015 das Aktionsbündnis „Niedersachsen packt an!“ gegründet, um gemeinsam die Aufnahme und die Integration von Flüchtlingen und Asylbegehrenden in Gesellschaft und Arbeit voranzubringen. Grundlage dafür ist ein gemeinsamer Aufruf zu Solidarität, Toleranz und gesellschaftlichem Zusammenhalt. Das Bündnis „Niedersachsen packt an!“ veranstaltet zahlreiche Integrationskonferenzen – zentral in Hannover und dezentral in den einzelnen Regionen Niedersachsens. Hier tauschen sich die Menschen aus zu wichtigen Themen der Integration wie beispielsweise Spracherwerb und Bil-

dungsteilnahme, Wohnen und Arbeit. Wir sind bereits fast 2400 Einzelpersonen und 310 Organisationen. Ich freue mich über den großen Zuspruch, den das Bündnis nach wie vor erfährt und lade immer wieder gerne ein, dazuzukommen: [www.niedersachsen-packt-an.de](http://www.niedersachsen-packt-an.de).

Wo auch immer, entscheidend ist das Engagement der Menschen vor Ort, in den Kommunen, in den Kirchen, in den Gewerkschaften, Parteien oder Sportvereinen. Es gibt viele Möglichkeiten der Zusammenarbeit, um die durch die Flucht von Tausenden und Abertausenden nach Niedersachsen entstandenen Aufgaben gut zu bewältigen.

### Integration seit Jahrzehnten

Immer wieder hat sich gerade das Land Niedersachsen in den vergangenen Jahrzehnten um die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Migranten bemüht und verdient gemacht, sei es bei der gewaltigen Leistung der Integration von über einem Viertel aller Heimatvertriebenen nach dem Zweiten Weltkrieg, sei es bei der Aufnahme der Boat-People aus Vietnam in den 70er Jahren oder beim Zuzug der Aussiedler und Spätaussiedler in den 1980er und 1990er Jahren. Heute stehen wir vor neuen Anforderungen durch Bürgerkriege, Verfolgung und Massaker in Syrien, Eritrea und vielen anderen Krisengebieten.

Zugewanderte und Einheimische müssen immer wieder lernen, aufgeschlossen und kompromissbereit und in gegenseitiger Akzeptanz aufeinander zuzugehen und eine gute Form des Zusammenlebens zu finden. Gerade auch

die Kirchen stellen sich dieser Aufgabe in beeindruckender Weise und das nicht zum ersten Mal: Bereits das Jahr 1997 wurde vom Ökumenischen Rat der Kirchen zum „Jahr der Solidarität mit entwurzelten Menschen“ ausgerufen. Zahlreiche Initiativen, vielfältige Projekte, Tagungen und Denkschriften der vergangenen Jahre zeugen von einer intensiven Auseinandersetzung mit wesentlichen Fragen: Wie gehen wir um mit Zuwanderung? Wie gehen wir um mit der bunten Vielfalt von Sprachen, Kulturen, Mentalitäten und Religionen, die durch Flucht, Vertreibung und Einwanderung in unser Land hineingetragen wird?

Die christlichen Kirchen haben eine besondere Sicht auf diese Entwicklungen. Die biblischen Geschichten und die Kirchengeschichte bieten uns eine lange Reihe von Migrationsberichten, angefangen bei Jakob, den seine Brüder nach Ägypten verkauften, über die Flucht von Maria und Josef zur Rettung ihres neugeborenen Kindes, die Christenverfolgungen und Christenvertreibungen unter Kaiser Nero – vielleicht ähnlich wie die heutigen Vertreibungen durch den so genannten, selbsternannten Islamischen Staat (IS).

### Interkulturelle Woche der Kirchen

Das Motto der diesjährigen Interkulturellen Woche ist gut gewählt: „Vielfalt. Das Beste gegen Einfalt“. Unsere Landesbeauftragte für Integration und Teilhabe, Doris Schröder-Köpf hat diese Initiative der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Griechisch-Orthodoxen Metropolie kürzlich

ausdrücklich begrüßt und kommentiert: „Unser Land besteht nicht aus ‚uns‘ und ‚den anderen‘. Gewalt und Rassismus dürfen in unserer Gesellschaft keinen Platz haben. Mit der Vielfalt in unserer Gesellschaft gestalten wir die Zukunft unseres Landes. Den Geflüchteten begegnen wir mit Offenheit und Solidarität.“

Dass der Bundesauftakt der Interkulturellen Woche am 25. September in Friedland und damit in Niedersachsen stattgefunden hat, hat mich sehr gefreut. Vielfalt gehört zur Gründungsgeschichte Niedersachsens. Diese und die vielen anderen Formen öffentlicher Positionierung für Toleranz und Miteinander sind von enormer Bedeutung für das öffentliche Bewusstsein.

In Europa, in Deutschland und hier in Niedersachsen waren und sind es zunächst die politischen Rahmenbedingungen, die eine Aufnahme von Menschen aus anderen Ländern befördern. Aber immer waren und sind es gerade auch die Kirchen und die Menschen in den Kirchengemeinden, die eine Betreuung, Unterstützung und Integration der verfolgten, heimatlosen und oft traumatisierten Menschen gewährleisten.

Kirche hat sich – zum Glück – immer wieder in die Alltagsthemen und die Probleme der Menschen eingemischt. Sie hat nicht nur politische Entscheidungen kritisch begleitet – und tut dies heute noch –, sondern gestaltet selbst ganz aktiv mit, im großen katholischen Verband der Freien Wohlfahrtspflege, dem Deutschen Caritasverband, wie auch in der Gemeinde vor Ort. Nur wenige Institutionen und Organisationen haben gleichzeitig einen so großen gesellschaftspolitischen Einfluss und einen derart intensiven persönlichen Kontakt zu vielen Menschen aus allen sozialen Gruppen wie die Kirchen mit ihren Gemeinden und ihren diakonischen Einrichtungen.

### **Kirche mischt sich ein**

Kirche mischt sich in vielen sozialen Bereichen ein, betrachtet und kommentiert kritisch die Gesundheits- und Sozial-

politik, aber sie ist auch selbst aktiv im Betreiben von Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Heimen, in der Obdachlosenarbeit und der Schuldnerberatung, mit Tafeln und Suppenküchen. Dafür bin ich sehr dankbar. Wir brauchen dieses Engagement und diese Kompetenz gerade für die anstehenden Aufgaben der Integration so vieler tausend Flüchtlinge in unsere Gesellschaft.

Nur wer sich in seinem Gastland respektvoll und gastfreundlich aufgenommen fühlt, ist motiviert und in der Lage, sich seinerseits in die Gesellschaft einzubringen. Eingliederung, Integration bedeutet jedoch mehr als Unterkunft und vordergründige Versorgung. Eine wirkliche Teilhabe an der Aufnahmegesellschaft kann Geflüchteten nur gelingen, wenn sie sich sukzessive sprachliche und kulturelle Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten aneignen können. Voraussetzung dafür sind Bildung, Qualifizierung und berufliche Perspektiven. In diesen Bereichen nehmen beide großen Kirchen Verantwortung wahr als Trägerinnen von Kindertagesstätten, Schulen und Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Und Kirche hilft dabei, die gute Qualität medizinischer und psychosozialer Versorgung, die wir in Deutschland genießen, auch den Menschen zugutekommen zu lassen, die zu uns gekommen sind. All dies geschieht in der Regel unter Berücksichtigung der jeweiligen kulturellen und religiösen Bedürfnisse der zu uns kommenden Menschen.

Ehrenamtliche und professionelle Mitarbeiter engagieren sich gegen Krankheit, Benachteiligung, Ausgrenzung und Armut. Hierbei lernen auch sie umgekehrt von den Geflüchteten und können ihre Erlebnisse und Erfahrungen weitergeben an ihre Heimatgemeinden und ebenso an die nicht kirchlich organisierten Bürgerinnen und Bürger Niedersachsens.

Das helfende und unterstützende Miteinander geschieht auf allen Ebenen politischen und kirchlichen Engagements, angefangen bei den Regierungen und Kirchenleitungen. Es ist Anspruch

des Staates, die Menschenwürde jedes einzelnen zu achten und Anspruch der Kirchen, den Menschen zu dienen und so aus dem Fremden einen „Nächsten“, einen Nachbarn zu machen. Der Grundsatz der Nächstenliebe, der christlichen Solidarität ist auch mein persönlicher Anspruch und Antrieb. Entscheidend aber ist letztlich das, was direkt zwischen den Menschen geschieht vor Ort in den Kirchengemeinden und in den Kommunen.

### **Praktizierte Subsidiarität**

Papst Pius XI. propagierte schon 1931 in seiner Enzyklika „Quadragesimo anno“ den „höchst gewichtige[n] sozialphilosophische[n] Grundsatz“, dass das, „was der Einzelmensch aus eigener Initiative und mit seinen eigenen Kräften leisten kann, ihm nicht entzogen und der Gesellschaftstätigkeit zugewiesen werden darf“ und „das, was die kleineren und untergeordneten Gemeinwesen leisten und zum guten Ende führen können“, nicht von einer höheren Ebene vereinbart werden solle. Denn, so heißt es: „Jedwede Gesellschaftstätigkeit ist ja ihrem Wesen und Begriff nach subsidiär; sie soll die Glieder des Sozialkörpers unterstützen, darf sie aber niemals zerschlagen oder aufsaugen.“ Gerade die Kirchen, und besonders die Katholische Kirche, haben dieses Subsidiaritätsprinzip immer gelebt.

Pius XI. hat einen Rechts- und Wohlfahrtsstaat beschrieben, der nur durch die Gestaltung eines angemessenen Rahmens „allgemeine Wohlfahrt“ durch das Tun der Bevölkerung schafft. Diesen Gedanken, dass jeder Teil der Gesellschaft seine Aufgabe an der ihm gemäßen Stelle ausführen solle, finden wir bereits im Brief an die Epheser (4,14), in dem Paulus die Gemeinschaft mit dem Körper vergleicht, der „zusammengefügt und verbunden [ist] durch alle Gelenke, die einander Handreichung tun nach dem Maß der Leistungsfähigkeit jedes einzelnen Gliedes“. Dieses Bild gefällt mir gut. Jeder verfügt über Fähigkeiten und Gaben, die für andere oder die Gesellschaft insgesamt wertvoll sind, das gilt für die Menschen, die schon jetzt hier leben und

für diejenigen, die neu zu uns kommen. Ich sehe Niedersachsen trotz all der Herausforderungen, die mit der großen Zahl der Flüchtlinge im letzten Jahr einhergingen, deswegen auch bereichert von den vielen Neu-Niedersachsen. Viele Schulen in ländlicheren Gebieten haben wieder volle Klassen, viele leerstehende Wohnungen sind wieder belegt, auf den Straßen sieht man eine immer buntere Mischung ganz unterschiedlich gekleideter Menschen und bald schon werden wir hoffentlich in den Betrieben immer mehr Männer und Frauen mit Migrationshintergrund antreffen. Zuwanderung macht eine Gesellschaft vielfältiger und bunter.

### Orte der Begegnungen

Diakonisches Engagement ist die Arbeit der großen Organisationen, aber umso mehr noch die Solidarität der Menschen untereinander in Familien, unter Nachbarn und im ehrenamtlichen Engagement. Im nachbarschaftlich-gemeindlichen Handeln finden Begegnungen statt, die Fremdheit abbauen und gegenseitiges Verstehen fördern. Hier wird vielerorts den Zuwanderern gezeigt, dass sie nicht nur geduldet werden, sondern zu uns gehören.

Besonders die Kirchen bieten den hier bei uns lebenden Menschen Räume und Gelegenheiten, in denen sie sich individuell einbringen können, helfen und Gemeinschaft mitgestalten – oft auch denjenigen Menschen, die sich nicht zum Christentum bekennen. Ich freue mich über die immer wieder zu erlebende gegenseitige Aufgeschlossenheit, Neugier, die Bereitschaft den oft vom Krieg und von der Flucht schwer traumatisierten Menschen zuzuhören, aber auch von sich selbst zu erzählen.

Bei alledem machen beide Seiten auch die Erfahrung von Fremdheit, von unterschiedlichen Vorstellungen und mitunter seltsam anmutenden Auffassungen. Dabei helfen, dass diese Fremdheit überwunden werden kann, ist eine der grundlegenden Aufgaben von Politik und Kirche. Wir müssen alles in unseren Möglichkeiten Stehende dafür tun, um den Menschen zu Integration

und darüber hinaus zu Inklusion und Partizipation zu verhelfen.

### Dialog braucht Wertschätzung

Der Dialog zwischen den Kulturen und Religionen braucht gegenseitige Wertschätzung und Toleranz. Ich registriere mit Freude und Hoffnung die Bemühungen der evangelischen und katholischen Kirchen, diesen Dialog zu fördern und zu ihm beizutragen. Denn gerade diese beiden großen Kirchen leben es ja vor, wie nach Jahrhunderten theologischer und letztlich kriegerischer Auseinandersetzungen zwei unterschiedliche Konfessionen auf einem politischen Territorium sehr gut gemeinsam nebeneinander und miteinander leben können.

Als Ministerpräsident des Landes Niedersachsen bedanke ich mich auch an dieser Stelle noch einmal sehr für das Engagement der Kirche, staatliche und gesellschaftliche Entwicklungen und Entscheidungen in dem Bemühen um ein Mehr an Integration und Teilhabe zu begleiten, zu unterstützen und sich in die Umsetzung aktiv einzubringen.



**Stephan Weil**  
Niedersächsischer Ministerpräsident